

per E-Mail: [vernehmlassung.museumsgesetz@bs.ch](mailto:vernehmlassung.museumsgesetz@bs.ch)

Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt  
Abteilung Kultur  
Vernehmlassung Teilrevision Museumsgesetz  
Marktplatz 30a  
4001 Basel

Basel, 4. September 2019

## **Vernehmlassung zur Teilrevision zum Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz)**

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung in obgenannter Angelegenheit danken wir Ihnen bestens. Die FDP Basel-Stadt hat sich sowohl mit der durch den Regierungsrat ausgearbeiteten Museumsstrategie wie auch der darauf basierenden Teilrevision des Museumsgesetzes auseinandergesetzt. Bereits die Museumsstrategie ist innerhalb der Partei mit Vorbehalten aufgenommen worden.

Die nun ausgearbeitete Teilrevision des Gesetzes über die Museen des Kantons Basel-Stadt stützt sich einerseits auf die neue Museumsstrategie, andererseits aber auch auf gewisse betriebliche und finanzielle Bestimmungen, welche seitens der FDP durchaus positiv aufgenommen werden. Wir erlauben uns, nachfolgend auf einige Aspekte sowie damit verbunden die entsprechenden Gesetzesartikel einzugehen.

### **Status der staatlichen Museen**

Die FDP Basel-Stadt ist seit jeher eine Verfechterin von losgelösten Institutionen, welche eigenverantwortlich und rechtlich unabhängig von der kantonalen Verwaltung zu positionieren und mit einem Leistungsauftrag zu versehen sind. Bei den Museen ist hierbei die besondere Stellung des Museumsgutes zu beachten, welches auch weiterhin geschützt sein muss. Der bisherigen Struktur wäre daher die Bildung von privatrechtlichen, gemeinnützigen Stiftungen als geeignetere Rechtsform für die Trägerorganisationen vorzuziehen, wie sie bereits verschiedentlich von privaten oder öffentlichen Museen erfolgreich eingesetzt werden. Verbunden mit einem Leistungsauftrag könnten diese Organisationen wesentlich flexibler und zeitgemässer agieren als staatliche Verwaltungseinheiten. Die FDP Basel-Stadt sieht daher die vollständige Ausgliederung der staatlichen Museen weiterhin als zumindest langfristiges Ziel. Sie fordert, solche strukturellen Fragen im Ratschlag zu prüfen.

### **Betriebliche Rahmenbedingungen / Globalkredite**

Vorbehalten der strukturellen Fragen begrüsst die FDP Basel-Stadt grundsätzlich die Einführung von 4-Jahres-Globalkrediten an die fünf Institutionen. Wir gehen davon aus, dass mit diesem längerfristigen Horizont den Museen entsprechend mehr finanzielle Planungssicherheit gewährt werden kann.

Insbesondere macht dies insofern Sinn, da bereits für private Institutionen eine 4-jährige Leistungsperiode gilt. Zudem begrüßen wir die neue Bonus-Malus-Regelung, welche es den Institutionen ermöglicht, Überschüsse als Rückstellung vollumfänglich auf das Folgejahr zu übertragen.

### **Corporate Governance**

Die FDP Basel-Stadt unterstützt die künftigen Richtlinien bei der Besetzung der Museumskommission sowie die Unabhängigkeit deren Mitglieder von Behörden und Parlament bzw. Regierung. Diese Trennung gestaltet sich nach heutigen modernen Corporate Governance-Methoden. Es erscheint uns jedoch wichtig, dass auch entsprechenden Kriterien festgelegt werden, wonach künftige Kommissionsmitglieder ausgewählt werden und wie die Ausrichtung und Zusammensetzung der Gesamtkommission erfolgen soll.

### **Gebühren**

Grundsätzlich begrüßen wir, wonach den Institutionen gewisse Flexibilität bei der Gebührenerhebung (Eintritte) zugestanden werden soll. Dies gehört zur Autonomie, wie sie von der FDP gefordert wird. Für die FDP ist jedoch klar, dass allfällige Gratiseintritte nicht über das Globalbudget finanziert werden dürfen. Konkret soll sich ein Museum nur dann für Gratiseintritte entscheiden können, wenn es in der Lage ist, diese über Drittmittel zu finanzieren.

Weiter zu beachten ist hierbei die Frage, welche Aussenwirkungen sich ergeben, wenn künftig für gewissen Anlässe oder aber Gästegruppen keine Eintritte verlangt werden, im Normalfall jedoch die ordentlichen Gebühren anfallen. Gegebenenfalls könnte dies in der Aussenwirkung auch negativ ausfallen.

### **Koordination und Zusammenarbeit**

Wie bereits bis anhin vorgesehen, soll künftig die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen staatlichen Museen weiterentwickelt und in gewissen Punkten intensiviert werden. Dieses Vorgehen wird seitens der FDP Basel-Stadt unterstützt. Insbesondere kann die Ausnutzung von Synergieeffekten zu betrieblichen Effizienzsteigerungen und/oder Kostenoptimierungen führen. Wir regen jedoch an, diese nicht abschliessend auf die im Ratschlag zum Museumsgesetz unter Punkt 3.3 aufgeführten Bereiche zu beschränken, sondern erwarten hier auch die Berücksichtigung der umfassenden Massnahmen aus dem Bericht der Museumsdirektorenkonferenz.

Für die Aufnahme bzw. Berücksichtigung unserer Argumente in die definitive regierungsrätliche Fassung danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

**FDP.Die Liberalen Basel-Stadt**

  
Luca Urgese  
Präsident und Grossrat

  
Christian C. Moesch  
Grossrat

**Beilage:**

Fragenkatalog